

Prova A03

Design della ceramica

Domande a risposta aperta

Quesito 1 - Il candidato descriva come imposterebbe una lezione sull'iter progettuale di un prodotto di design ceramico, collocandolo nell'ambito di una programmazione curriculare.

Quesito 2 - Il candidato rivolgendosi ad una classe del secondo biennio, descriva le tipologie di prove di verifica che ritiene appropriate, le prove di laboratorio e i criteri di valutazione adottati in tali prove, in riferimento alla tecnica "a colombino", nella lavorazione artistica della ceramica.

Quesito 3 - Il candidato, in riferimento ai materiali utilizzati in ceramica, descriva come imposterebbe una lezione, illustrando gli strumenti didattici e le strategie metodologiche-laboratoriali necessarie all'apprendimento da parte degli alunni sull'argomento trattato.

Quesito 4 - In riferimento all'essiccazione e alla cottura, nella lavorazione di un prodotto ceramico, il candidato definisca come imposterebbe una lezione, illustrando gli argomenti specifici che ritiene opportuno sviluppare dettagliandone i contenuti.

Quesito 5 - Il candidato, in riferimento alla teoria dei colori di Johannes Itten, collochi tale trattazione nell'ambito di una programmazione curriculare, individuando le competenze minime che l'alunno deve conseguire al termine del modulo o unità didattica.

Quesito 6 - Il candidato, considerando che nell'ambito dell'integrazione dell'alunno straniero, il rapporto di aiuto e di comprensione inter-culturale è un fattore imprescindibile per il raggiungimento di una solida competenza nelle abilità e conoscenze di base dell'alunno stesso e nel suo inserimento nel nostro contesto scolastico, illustri le eventuali strategie metodologiche e gli strumenti didattici che intende adoperare per facilitare l'apprendimento e l'integrazione degli alunni stranieri (attività individuali di recupero, progetti di accoglienza, incontri aperti alla comunità locale, laboratori multi-culturali, laboratori multimediali ed informatici, incontri con associazioni e rappresentanze di stranieri, ecc.), in riferimento alla progettazione di un prodotto di design ceramico.

Domande a risposta multipla - DE

Quesito 7 Domanda A - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Deutschland ist multikulturell geworden

Bis heute redet man sehr viel über die Probleme von Einwanderung und Integration, aber zu wenig über den Reichtum, die Schätze und die Erfahrung, die Deutschland dabei gewinnt. „Der Islam gehört zu Deutschland“, sagt der Bundespräsident, aber viele Leute wollen das immer noch nicht glauben, so wie die Politik jahrzehntelang nicht glauben wollte, dass Deutschland ein Einwanderungsland geworden war. Deshalb gab es auch keine Einwanderungspolitik.

Mehr als zweieinhalb Millionen Türken bewarben sich zwischen 1961 und 1973 auf der Basis des Anwerbeabkommens um eine Arbeitserlaubnis; jeder vierte erhielt sie. Sie sollten hier zwei, drei, vier Jahre

arbeiten, sparen, und wieder nach Hause gehen; so sahen es die Deutschen, so sahen es die Türken. Aber es kam alles anders. Die Türken arbeiteten, sie sparten, sie kauften sich ein Auto, sie arbeiteten weiter, sie sparten noch mehr, nicht wenige kauften sich sogar ein Häuschen - in Deutschland. „Wir riefen Arbeitskräfte und es kamen Menschen.“ Diese sieben Wörter des Schriftstellers Max Frisch beschreiben alle Probleme der vergangenen fünfzig Jahre, auch die schrecklichen Versäumnisse der Politik, die erst 2005 ein einigermaßen vernünftiges Gesetz zustande brachte.

Was Integration bedeutet

Als die Bundesregierung, mitten in der ersten Wirtschaftskrise, die Anwerbung stoppte, kamen trotzdem weiter Türken, nun als Flüchtlinge. In der Türkei putschte 1980 das Militär, und vor allem Kurden und Flüchtlinge aus der intellektuellen Oberschicht baten um Asyl.

Aber mit dem Begriff „Einwanderung“ begann sich Deutschland erst anzufreunden, als es schon ein Auswanderungsland war; seit 2006 kehrt sich die Migrationsbilanz um, es ziehen mehr Menschen aus Deutschland in die Türkei als umgekehrt. Aus dem Entwicklungsland Türkei ist ein Industriestaat geworden und aus der Bundesrepublik ein wiedervereinigtes Land, das noch eine zweite deutsche Einheit schaffen muss: die Vereinigung von Bürgern deutscher und ausländischer Herkunft ohne Abwertung der Neubürger, die sich in Ausdrücken wie „Papierdeutscher“ zeigt.

Aus: Heribert Prantl, 50 Jahre türkische Gastarbeiter in Deutschland, <http://www.sueddeutsche.de/> [28. 10 2011].

In der Sicht des Journalisten ...

- a) ... hat Deutschland zu wenig von der Einwanderung der Türken profitiert.
- b) ... bringt die Einwanderung der Türken auch Vorteile für Deutschland, über die zu wenig gesprochen wird .
- c) ... wird den Problemen der Integration der Türken zu viel Aufmerksamkeit geschenkt.
- d) ... haben sich die Deutschen an der Einwanderung der Türken bereichert.

Quesito 7 Domanda B - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Deutschland ist multikulturell geworden

Bis heute redet man sehr viel über die Probleme von Einwanderung und Integration, aber zu wenig über den Reichtum, die Schätze und die Erfahrung, die Deutschland dabei gewinnt. „Der Islam gehört zu Deutschland“, sagt der Bundespräsident, aber viele Leute wollen das immer noch nicht glauben, so wie die Politik jahrzehntelang nicht glauben wollte, dass Deutschland ein Einwanderungsland geworden war. Deshalb gab es auch keine Einwanderungspolitik.

Mehr als zweieinhalb Millionen Türken bewarben sich zwischen 1961 und 1973 auf der Basis des Anwerbeabkommens um eine Arbeitserlaubnis; jeder vierte erhielt sie. Sie sollten hier zwei, drei, vier Jahre arbeiten, sparen, und wieder nach Hause gehen; so sahen es die Deutschen, so sahen es die Türken. Aber es kam alles anders. Die Türken arbeiteten, sie sparten, sie kauften sich ein Auto, sie arbeiteten weiter, sie sparten noch mehr, nicht wenige kauften sich sogar ein Häuschen - in Deutschland. „Wir riefen Arbeitskräfte und es kamen Menschen.“ Diese sieben Wörter des Schriftstellers Max Frisch beschreiben alle Probleme der vergangenen fünfzig Jahre, auch die schrecklichen Versäumnisse der Politik, die erst 2005 ein einigermaßen vernünftiges Gesetz zustande brachte.

Was Integration bedeutet

Als die Bundesregierung, mitten in der ersten Wirtschaftskrise, die Anwerbung stoppte, kamen trotzdem weiter Türken, nun als Flüchtlinge. In der Türkei putschte 1980 das Militär, und vor allem Kurden und Flüchtlinge aus der

intellektuellen Oberschicht baten um Asyl.

Aber mit dem Begriff „Einwanderung“ begann sich Deutschland erst anzufreunden, als es schon ein Auswanderungsland war; seit 2006 kehrt sich die Migrationsbilanz um, es ziehen mehr Menschen aus Deutschland in die Türkei als umgekehrt. Aus dem Entwicklungsland Türkei ist ein Industriestaat geworden und aus der Bundesrepublik ein wiedervereinigtes Land, das noch eine zweite deutsche Einheit schaffen muss: die Vereinigung von Bürgern deutscher und ausländischer Herkunft ohne Abwertung der Neubürger, die sich in Ausdrücken wie „Papierdeutscher“ zeigt.

Aus: Heribert Prantl, 50 Jahre türkische Gastarbeiter in Deutschland, <http://www.sueddeutsche.de/> [28. 10 2011].

Der im Jahre 2011 amtierende deutsche Bundespräsident ...

- a) ... hielt Deutschland für ein muslimisches Land.
- b) ... kritisierte die deutsche Einwanderungspolitik der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.
- c) ... machte den Deutschen den Vorwurf, dass sie sich an den türkischen Einwanderern bereichert hätten.
- d) ... dachte, dass der Islam zur Realität Deutschlands gehört.

Quesito 7 Domanda C - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Deutschland ist multikulturell geworden

Bis heute redet man sehr viel über die Probleme von Einwanderung und Integration, aber zu wenig über den Reichtum, die Schätze und die Erfahrung, die Deutschland dabei gewinnt. „Der Islam gehört zu Deutschland“, sagt der Bundespräsident, aber viele Leute wollen das immer noch nicht glauben, so wie die Politik jahrzehntelang nicht glauben wollte, dass Deutschland ein Einwanderungsland geworden war. Deshalb gab es auch keine Einwanderungspolitik.

Mehr als zweieinhalb Millionen Türken bewarben sich zwischen 1961 und 1973 auf der Basis des Anwerbeabkommens um eine Arbeitserlaubnis; jeder vierte erhielt sie. Sie sollten hier zwei, drei, vier Jahre arbeiten, sparen, und wieder nach Hause gehen; so sahen es die Deutschen, so sahen es die Türken. Aber es kam alles anders. Die Türken arbeiteten, sie sparten, sie kauften sich ein Auto, sie arbeiteten weiter, sie sparten noch mehr, nicht wenige kauften sich sogar ein Häuschen - in Deutschland. „Wir riefen Arbeitskräfte und es kamen Menschen.“ Diese sieben Wörter des Schriftstellers Max Frisch beschreiben alle Probleme der vergangenen fünfzig Jahre, auch die schrecklichen Versäumnisse der Politik, die erst 2005 ein einigermaßen vernünftiges Gesetz zustande brachte.

Was Integration bedeutet

Als die Bundesregierung, mitten in der ersten Wirtschaftskrise, die Anwerbung stoppte, kamen trotzdem weiter Türken, nun als Flüchtlinge. In der Türkei putschte 1980 das Militär, und vor allem Kurden und Flüchtlinge aus der intellektuellen Oberschicht baten um Asyl.

Aber mit dem Begriff „Einwanderung“ begann sich Deutschland erst anzufreunden, als es schon ein Auswanderungsland war; seit 2006 kehrt sich die Migrationsbilanz um, es ziehen mehr Menschen aus Deutschland in die Türkei als umgekehrt. Aus dem Entwicklungsland Türkei ist ein Industriestaat geworden und aus der Bundesrepublik ein wiedervereinigtes Land, das noch eine zweite deutsche Einheit schaffen muss: die Vereinigung von Bürgern deutscher und ausländischer Herkunft ohne Abwertung der Neubürger, die sich in Ausdrücken wie „Papierdeutscher“ zeigt.

Aus: Heribert Prantl, 50 Jahre türkische Gastarbeiter in Deutschland, <http://www.sueddeutsche.de/> [28. 10

2011].

In den Jahren zwischen 1961 und 1973 ...

- a) ... arbeiteten insgesamt zweieinhalb Millionen Türken in Deutschland.
- b) ... wurde ungefähr 625.000 Türken die beantragte Arbeitserlaubnis in Deutschland gewährt.
- c) ... wanderten zweieinhalb Millionen Türken nach Deutschland ein.
- d) ... bewarben sich etwa 625.000 Türken in Deutschland um eine Arbeitserlaubnis.

Quesito 7 Domanda D - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Deutschland ist multikulturell geworden

Bis heute redet man sehr viel über die Probleme von Einwanderung und Integration, aber zu wenig über den Reichtum, die Schätze und die Erfahrung, die Deutschland dabei gewinnt. „Der Islam gehört zu Deutschland“, sagt der Bundespräsident, aber viele Leute wollen das immer noch nicht glauben, so wie die Politik jahrzehntelang nicht glauben wollte, dass Deutschland ein Einwanderungsland geworden war. Deshalb gab es auch keine Einwanderungspolitik.

Mehr als zweieinhalb Millionen Türken bewarben sich zwischen 1961 und 1973 auf der Basis des Anwerbeabkommens um eine Arbeitserlaubnis; jeder vierte erhielt sie. Sie sollten hier zwei, drei, vier Jahre arbeiten, sparen, und wieder nach Hause gehen; so sahen es die Deutschen, so sahen es die Türken. Aber es kam alles anders. Die Türken arbeiteten, sie sparten, sie kauften sich ein Auto, sie arbeiteten weiter, sie sparten noch mehr, nicht wenige kauften sich sogar ein Häuschen - in Deutschland. „Wir riefen Arbeitskräfte und es kamen Menschen.“ Diese sieben Wörter des Schriftstellers Max Frisch beschreiben alle Probleme der vergangenen fünfzig Jahre, auch die schrecklichen Versäumnisse der Politik, die erst 2005 ein einigermaßen vernünftiges Gesetz zustande brachte.

Was Integration bedeutet

Als die Bundesregierung, mitten in der ersten Wirtschaftskrise, die Anwerbung stoppte, kamen trotzdem weiter Türken, nun als Flüchtlinge. In der Türkei putschte 1980 das Militär, und vor allem Kurden und Flüchtlinge aus der intellektuellen Oberschicht baten um Asyl.

Aber mit dem Begriff „Einwanderung“ begann sich Deutschland erst anzufreunden, als es schon ein Auswanderungsland war; seit 2006 kehrt sich die Migrationsbilanz um, es ziehen mehr Menschen aus Deutschland in die Türkei als umgekehrt. Aus dem Entwicklungsland Türkei ist ein Industriestaat geworden und aus der Bundesrepublik ein wiedervereinigtes Land, das noch eine zweite deutsche Einheit schaffen muss: die Vereinigung von Bürgern deutscher und ausländischer Herkunft ohne Abwertung der Neubürger, die sich in Ausdrücken wie „Papierdeutscher“ zeigt.

Aus: Heribert Prantl, 50 Jahre türkische Gastarbeiter in Deutschland, <http://www.sueddeutsche.de/> [28. 10 2011].

Der Ausspruch des Schweizer Autors Max Frisch: „Wir riefen Arbeitskräfte und es kamen Menschen“ bedeutet in Bezug auf die türkische Einwanderung nach Deutschland:

- a) Die türkischen Einwanderer waren keine Arbeitsmaschinen, sondern hatten menschliche Bedürfnisse, Gefühle und Wünsche.
- b) Die Deutschen holten Türken in ihr Land und hatten nicht mit deren Familien gerechnet.

- c) Die Deutschen waren überrascht, wie menschlich die türkischen Arbeiter waren.
- d) Die Deutschen holten Türken in ihr Land, die nicht unbedingt arbeiten wollten.

Quesito 7 Domanda E - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Deutschland ist multikulturell geworden

Bis heute redet man sehr viel über die Probleme von Einwanderung und Integration, aber zu wenig über den Reichtum, die Schätze und die Erfahrung, die Deutschland dabei gewinnt. „Der Islam gehört zu Deutschland“, sagt der Bundespräsident, aber viele Leute wollen das immer noch nicht glauben, so wie die Politik jahrzehntelang nicht glauben wollte, dass Deutschland ein Einwanderungsland geworden war. Deshalb gab es auch keine Einwanderungspolitik.

Mehr als zweieinhalb Millionen Türken bewarben sich zwischen 1961 und 1973 auf der Basis des Anwerbeabkommens um eine Arbeitserlaubnis; jeder vierte erhielt sie. Sie sollten hier zwei, drei, vier Jahre arbeiten, sparen, und wieder nach Hause gehen; so sahen es die Deutschen, so sahen es die Türken. Aber es kam alles anders. Die Türken arbeiteten, sie sparten, sie kauften sich ein Auto, sie arbeiteten weiter, sie sparten noch mehr, nicht wenige kauften sich sogar ein Häuschen - in Deutschland. „Wir riefen Arbeitskräfte und es kamen Menschen.“ Diese sieben Wörter des Schriftstellers Max Frisch beschreiben alle Probleme der vergangenen fünfzig Jahre, auch die schrecklichen Versäumnisse der Politik, die erst 2005 ein einigermaßen vernünftiges Gesetz zustande brachte.

Was Integration bedeutet

Als die Bundesregierung, mitten in der ersten Wirtschaftskrise, die Anwerbung stoppte, kamen trotzdem weiter Türken, nun als Flüchtlinge. In der Türkei putschte 1980 das Militär, und vor allem Kurden und Flüchtlinge aus der intellektuellen Oberschicht baten um Asyl.

Aber mit dem Begriff „Einwanderung“ begann sich Deutschland erst anzufreunden, als es schon ein Auswanderungsland war; seit 2006 kehrt sich die Migrationsbilanz um, es ziehen mehr Menschen aus Deutschland in die Türkei als umgekehrt. Aus dem Entwicklungsland Türkei ist ein Industriestaat geworden und aus der Bundesrepublik ein wiedervereinigtes Land, das noch eine zweite deutsche Einheit schaffen muss: die Vereinigung von Bürgern deutscher und ausländischer Herkunft ohne Abwertung der Neubürger, die sich in Ausdrücken wie „Papierdeutscher“ zeigt.

Aus: Heribert Prantl, 50 Jahre türkische Gastarbeiter in Deutschland, <http://www.sueddeutsche.de/> [28. 10 2011].

Ein „Papierdeutscher“ ist ...

- a) ... ein Ausländer, der vorgibt, ein Deutscher zu sein.
- b) ... ein Deutscher mit Vorliebe für Papier.
- c) ... ein Ausländer, der gefälschte deutsche Papiere hat.
- d) ... ein Ausländer mit deutscher Staatsbürgerschaft.

Quesito 8 Domanda A - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

De Maizière will Sanktionen für Integrationsverweigerer

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) erhält für seinen Plan, integrationsunwillige Flüchtlinge mit Sanktionen zu belegen, Unterstützung von der SPD.

«Wir müssen Integration nicht nur fördern, sondern auch fordern», sagte Parteichef und Vizekanzler Sigmar Gabriel der «Bild»-Zeitung. Voraussetzung sei aber, dass endlich genug Sprach- und Integrationskurse im Angebot seien. Um Ghattobildungen zu vermeiden, müsse man außerdem dafür sorgen, dass nicht alle in die Großstädte ziehen. Sobald Asylbewerber Arbeit fänden, dürften sie selbstverständlich ihren Wohnsitz frei wählen. De Maizière will Flüchtlingen einen dauerhaften Aufenthalt verwehren, wenn sie Deutschkurse verweigern und Arbeitsangebote ausschlagen. Spätestens im Mai werde er ein entsprechendes Integrationsgesetz vorlegen. Darin soll auch eine Wohnsitzauflage für Flüchtlinge enthalten sein.

Für diejenigen, die Kurse und Jobs ablehnen, «kann es nicht nach drei Jahren eine unbefristete Niederlassungserlaubnis geben», betonte der CDU-Politiker. Er wolle erreichen, «dass es einen Zusammenhang gibt zwischen dem erfolgreichen Absolvieren von Integration und der Erlaubnis, wie lange man in Deutschland bleiben darf».

Vom Deutschen Gewerkschaftsbund kam scharfe Kritik. Der Integrationswille von Flüchtlingen sei «erheblich größer als das Angebot der Bundesregierung», erklärte DGB-Bundesvorstand Annelie Buntenbach. «Die erfolgreiche Integration von Flüchtlingen erreicht man nicht mit Gesetzesänderungen, zusätzlichen Sanktionen und Wohnsitzauflagen.» Dies gelinge vielmehr mit «passenden, flächendeckenden Angeboten für Sprach- und Integrationskurse, Brücken zu Aus- und Weiterbildung, in gute Arbeit - und Unterstützung der Kommunen, die sich um eine Integration bemühen».

Zur Wohnsitzauflage für Flüchtlinge sagte de Maizière: «Wir wollen keine Ghattobildung.» Deshalb solle geregelt werden, dass auch anerkannte Flüchtlinge sich an dem Ort aufhalten müssten, «wo wir das als Staat für richtig halten, und nicht, wo das der Flüchtling für richtig hält». Das solle solange gelten, bis Flüchtlinge ihren Unterhalt mit Arbeit selbst sicherstellen können. Die SPD unterstützt dieses Vorhaben. Es solle gewährleisten, dass nicht vor allem die großen Städte zu Anziehungspunkten werden, so Stegner.

**Aus: <http://www.augsburger-allgemeine.de/politik/De-Maizi-re-will-Sanktionen-fuer-Integrationsverweigerer-id37337312.html>
[03.03.2016]**

In den Parteien und Gewerkschaften Deutschlands gibt es zur Zeit heftige Debatten ...

- a) ... über die gezielte Zuweisung von MigrantInnen zu städtischen Wohngebieten.
- b) ... in Bezug auf mögliche Strafen für MigrantInnen, die von den Integrationsangeboten nicht Gebrauch machen wollen.
- c) ... über die hohe Anzahl von Integrationskursen für MigrantInnen, die nur in den Städten angeboten werden.
- d) ... in Bezug auf gesetzliche Vorhaben zur Integrationsverweigerung.

Quesito 8 Domanda B - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

De Maizière will Sanktionen für Integrationsverweigerer

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) erhält für seinen Plan, integrationsunwillige Flüchtlinge mit Sanktionen zu belegen, Unterstützung von der SPD.

«Wir müssen Integration nicht nur fördern, sondern auch fordern», sagte Parteichef und Vizekanzler Sigmar Gabriel der «Bild»-Zeitung. Voraussetzung sei aber, dass endlich genug Sprach- und Integrationskurse im Angebot seien. Um Ghattobildungen zu vermeiden, müsse man außerdem dafür sorgen, dass nicht alle in die Großstädte ziehen. Sobald Asylbewerber Arbeit fänden, dürften sie selbstverständlich ihren Wohnsitz frei wählen. De Maizière will Flüchtlingen einen dauerhaften Aufenthalt verwehren, wenn sie Deutschkurse verweigern und

Arbeitsangebote ausschlagen. Spätestens im Mai werde er ein entsprechendes Integrationsgesetz vorlegen. Darin soll auch eine Wohnsitzauflage für Flüchtlinge enthalten sein.

Für diejenigen, die Kurse und Jobs ablehnen, «kann es nicht nach drei Jahren eine unbefristete Niederlassungserlaubnis geben», betonte der CDU-Politiker. Er wolle erreichen, «dass es einen Zusammenhang gibt zwischen dem erfolgreichen Absolvieren von Integration und der Erlaubnis, wie lange man in Deutschland bleiben darf».

Vom Deutschen Gewerkschaftsbund kam scharfe Kritik. Der Integrationswille von Flüchtlingen sei «erheblich größer als das Angebot der Bundesregierung», erklärte DGB-Bundesvorstand Annelie Buntenbach. «Die erfolgreiche Integration von Flüchtlingen erreicht man nicht mit Gesetzesänderungen, zusätzlichen Sanktionen und Wohnsitzauflagen.» Dies gelinge vielmehr mit «passenden, flächendeckenden Angeboten für Sprach- und Integrationskurse, Brücken zu Aus- und Weiterbildung, in gute Arbeit - und Unterstützung der Kommunen, die sich um eine Integration bemühen».

Zur Wohnsitzauflage für Flüchtlinge sagte de Maizière: «Wir wollen keine Ghattobildung.» Deshalb solle geregelt werden, dass auch anerkannte Flüchtlinge sich an dem Ort aufhalten müssten, «wo wir das als Staat für richtig halten, und nicht, wo das der Flüchtling für richtig hält». Das solle solange gelten, bis Flüchtlinge ihren Unterhalt mit Arbeit selbst sicherstellen können. Die SPD unterstützt dieses Vorhaben. Es solle gewährleisten, dass nicht vor allem die großen Städte zu Anziehungspunkten werden, so Stegner.

**Aus: <http://www.augsburger-allgemeine.de/politik/De-Maizi-re-will-Sanktionen-fuer-Integrationsverweigerer-id37337312.html>
[03.03.2016]**

Der deutsche Innenminister ...

- a) ... wird vom Deutschen Gewerkschaftsbund in allen Punkten seiner Vorlage unterstützt.
- b) ... erfährt in Hinblick auf seinen Plan, Sanktionen gegen MigrantInnen einzuführen, nicht nur Unterstützung.
- c) ... will die Anzahl der Integrationskurse für MigrantInnen drastisch erhöhen.
- d) ... wurde vom Parteichef der SPD wegen seiner Pläne heftig kritisiert.

Quesito 8 Domanda C - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

De Maizière will Sanktionen für Integrationsverweigerer

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) erhält für seinen Plan, integrationsunwillige Flüchtlinge mit Sanktionen zu belegen, Unterstützung von der SPD.

«Wir müssen Integration nicht nur fördern, sondern auch fordern», sagte Parteichef und Vizekanzler Sigmar Gabriel der «Bild»-Zeitung. Voraussetzung sei aber, dass endlich genug Sprach- und Integrationskurse im Angebot seien. Um Ghattobildungen zu vermeiden, müsse man außerdem dafür sorgen, dass nicht alle in die Großstädte ziehen. Sobald Asylbewerber Arbeit fänden, dürften sie selbstverständlich ihren Wohnsitz frei wählen. De Maizière will Flüchtlingen einen dauerhaften Aufenthalt verwehren, wenn sie Deutschkurse verweigern und Arbeitsangebote ausschlagen. Spätestens im Mai werde er ein entsprechendes Integrationsgesetz vorlegen. Darin soll auch eine Wohnsitzauflage für Flüchtlinge enthalten sein.

Für diejenigen, die Kurse und Jobs ablehnen, «kann es nicht nach drei Jahren eine unbefristete Niederlassungserlaubnis geben», betonte der CDU-Politiker. Er wolle erreichen, «dass es einen Zusammenhang gibt zwischen dem erfolgreichen Absolvieren von Integration und der Erlaubnis, wie lange man in Deutschland bleiben darf».

Vom Deutschen Gewerkschaftsbund kam scharfe Kritik. Der Integrationswille von Flüchtlingen sei «erheblich größer als das Angebot der Bundesregierung», erklärte DGB-Bundesvorstand Annelie Buntenbach. «Die

erfolgreiche Integration von Flüchtlingen erreicht man nicht mit Gesetzesänderungen, zusätzlichen Sanktionen und Wohnsitzauflagen.» Dies gelinge vielmehr mit «passenden, flächendeckenden Angeboten für Sprach- und Integrationskurse, Brücken zu Aus- und Weiterbildung, in gute Arbeit - und Unterstützung der Kommunen, die sich um eine Integration bemühen».

Zur Wohnsitzauflage für Flüchtlinge sagte de Maizière: «Wir wollen keine Ghettobildung.» Deshalb solle geregelt werden, dass auch anerkannte Flüchtlinge sich an dem Ort aufhalten müssten, «wo wir das als Staat für richtig halten, und nicht, wo das der Flüchtling für richtig hält». Das solle solange gelten, bis Flüchtlinge ihren Unterhalt mit Arbeit selbst sicherstellen können. Die SPD unterstützt dieses Vorhaben. Es solle gewährleisten, dass nicht vor allem die großen Städte zu Anziehungspunkten werden, so Stegner.

**Aus: <http://www.augsburger-allgemeine.de/politik/De-Maizi-re-will-Sanktionen-fuer-Integrationsverweigerer-id37337312.html>
[03.03.2016]**

Falls das geplante Integrationsgesetz in Kraft tritt, dürfen Flüchtlinge ...

- a) ... auch ohne Teilnahme an Integrationskursen eine Niederlassungsbewilligung beantragen.
- b) ... bis zu ihrer ökonomischen Selbständigkeit nur mehr an den ihnen zugewiesenen Wohnorten wohnen.
- c) ... sich außerhalb des ihnen zugewiesenen Wohnortes keinen Arbeitsplatz suchen.
- d) ... nur mehr an einem einzigen Sprach- und Integrationskurs teilnehmen.

Quesito 8 Domanda D - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

De Maizière will Sanktionen für Integrationsverweigerer

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) erhält für seinen Plan, integrationsunwillige Flüchtlinge mit Sanktionen zu belegen, Unterstützung von der SPD.

«Wir müssen Integration nicht nur fördern, sondern auch fordern», sagte Parteichef und Vizekanzler Sigmar Gabriel der «Bild»-Zeitung. Voraussetzung sei aber, dass endlich genug Sprach- und Integrationskurse im Angebot seien. Um Ghettobildungen zu vermeiden, müsse man außerdem dafür sorgen, dass nicht alle in die Großstädte ziehen. Sobald Asylbewerber Arbeit fänden, dürften sie selbstverständlich ihren Wohnsitz frei wählen. De Maizière will Flüchtlingen einen dauerhaften Aufenthalt verwehren, wenn sie Deutschkurse verweigern und Arbeitsangebote ausschlagen. Spätestens im Mai werde er ein entsprechendes Integrationsgesetz vorlegen. Darin soll auch eine Wohnsitzauflage für Flüchtlinge enthalten sein.

Für diejenigen, die Kurse und Jobs ablehnen, «kann es nicht nach drei Jahren eine unbefristete Niederlassungserlaubnis geben», betonte der CDU-Politiker. Er wolle erreichen, «dass es einen Zusammenhang gibt zwischen dem erfolgreichen Absolvieren von Integration und der Erlaubnis, wie lange man in Deutschland bleiben darf».

Vom Deutschen Gewerkschaftsbund kam scharfe Kritik. Der Integrationswille von Flüchtlingen sei «erheblich größer als das Angebot der Bundesregierung», erklärte DGB-Bundesvorstand Annelie Buntenbach. «Die erfolgreiche Integration von Flüchtlingen erreicht man nicht mit Gesetzesänderungen, zusätzlichen Sanktionen und Wohnsitzauflagen.» Dies gelinge vielmehr mit «passenden, flächendeckenden Angeboten für Sprach- und Integrationskurse, Brücken zu Aus- und Weiterbildung, in gute Arbeit - und Unterstützung der Kommunen, die sich um eine Integration bemühen».

Zur Wohnsitzauflage für Flüchtlinge sagte de Maizière: «Wir wollen keine Ghettobildung.» Deshalb solle geregelt werden, dass auch anerkannte Flüchtlinge sich an dem Ort aufhalten müssten, «wo wir das als Staat für richtig halten, und nicht, wo das der Flüchtling für richtig hält». Das solle solange gelten, bis Flüchtlinge ihren Unterhalt mit Arbeit selbst sicherstellen können. Die SPD unterstützt dieses Vorhaben. Es solle gewährleisten, dass nicht vor allem die großen Städte zu Anziehungspunkten werden, so Stegner.

Aus: <http://www.augsburger-allgemeine.de/politik/De-Maizi-re-will-Sanktionen-fuer-Integrationsverweigerer-id37337312.html>
[03.03.2016]

Die deutschen Gewerkschaften ...

- a) ... unterstützen das zu erlassende Integrationsgesetz in seiner ganzen Breite.
- b) ... beklagen die Ignoranz gegenüber dem großen Integrationswillen der MigrantInnen.
- c) ... werden gegen das Integrationsgesetz das Referendum ergreifen.
- d) ... halten die vom Innenminister geplanten Sanktionen für angebracht.

Quesito 8 Domanda E - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

De Maizièr will Sanktionen für Integrationsverweigerer

Bundesinnenminister Thomas de Maizièr (CDU) erhält für seinen Plan, integrationsunwillige Flüchtlinge mit Sanktionen zu belegen, Unterstützung von der SPD.

«Wir müssen Integration nicht nur fördern, sondern auch fordern», sagte Parteichef und Vizekanzler Sigmar Gabriel der «Bild»-Zeitung. Voraussetzung sei aber, dass endlich genug Sprach- und Integrationskurse im Angebot seien. Um Ghettobildungen zu vermeiden, müsse man außerdem dafür sorgen, dass nicht alle in die Großstädte ziehen. Sobald Asylbewerber Arbeit fänden, dürften sie selbstverständlich ihren Wohnsitz frei wählen. De Maizièr will Flüchtlingen einen dauerhaften Aufenthalt verwehren, wenn sie Deutschkurse verweigern und Arbeitsangebote ausschlagen. Spätestens im Mai werde er ein entsprechendes Integrationsgesetz vorlegen. Darin soll auch eine Wohnsitzauflage für Flüchtlinge enthalten sein.

Für diejenigen, die Kurse und Jobs ablehnen, «kann es nicht nach drei Jahren eine unbefristete Niederlassungserlaubnis geben», betonte der CDU-Politiker. Er wolle erreichen, «dass es einen Zusammenhang gibt zwischen dem erfolgreichen Absolvieren von Integration und der Erlaubnis, wie lange man in Deutschland bleiben darf».

Vom Deutschen Gewerkschaftsbund kam scharfe Kritik. Der Integrationswille von Flüchtlingen sei «erheblich größer als das Angebot der Bundesregierung», erklärte DGB-Bundesvorstand Annelie Buntenbach. «Die erfolgreiche Integration von Flüchtlingen erreicht man nicht mit Gesetzesänderungen, zusätzlichen Sanktionen und Wohnsitzauflagen.» Dies gelinge vielmehr mit «passenden, flächendeckenden Angeboten für Sprach- und Integrationskurse, Brücken zu Aus- und Weiterbildung, in gute Arbeit - und Unterstützung der Kommunen, die sich um eine Integration bemühen».

Zur Wohnsitzauflage für Flüchtlinge sagte de Maizièr: «Wir wollen keine Ghettobildung.» Deshalb solle geregelt werden, dass auch anerkannte Flüchtlinge sich an dem Ort aufhalten müssten, «wo wir das als Staat für richtig halten, und nicht, wo das der Flüchtling für richtig hält». Das solle solange gelten, bis Flüchtlinge ihren Unterhalt mit Arbeit selbst sicherstellen können. Die SPD unterstützt dieses Vorhaben. Es solle gewährleisten, dass nicht vor allem die großen Städte zu Anziehungspunkten werden, so Stegner.

Aus: <http://www.augsburger-allgemeine.de/politik/De-Maizi-re-will-Sanktionen-fuer-Integrationsverweigerer-id37337312.html>
[03.03.2016]

Mit dem geplanten Integrationsgesetz ...

- a) ... will man die Anzahl der anerkannten Flüchtlinge, die eine Arbeit suchen, drastisch verringern.
- b) ... will man den anerkannten Flüchtlingen die Familienzusammenführung verbieten.
- c) ... will man verhindern, dass sich in Deutschland Stadtviertel herausbilden, in denen ausschließlich Ausländer wohnen.
- d) ... will man erreichen, dass anerkannte Flüchtlinge nur mehr in kleinen Gemeinden wohnen dürfen.

Domande a risposta multipla - EN

Quesito 7 Domanda A - -Choose the answer which fits best according to the text.

Two principal methods of organising mother tongue tuition for immigrant pupils.

Proficiency in their language of origin is widely considered to be of great importance for immigrant pupils. Proficiency can make it easier for these pupils to learn the language of instruction and thus stimulate their development in all areas. In addition, the manner in which their mother tongue is viewed in the host community helps secure the self-esteem and identity of immigrant children and their families. With regard to organisation, the extent to which mother tongue tuition is incorporated within the core school curriculum appears to be critical. According to a report issued by the European Parliament on the integration of immigrant pupils, tuition given outside the standard curriculum adds to pupils' school hours and can lead to feelings of rejection, mainly owing to the stigmatisation that attending such lessons can create.

Few countries have yet taken steps to introduce teaching in the language of origin at pre-primary education level. In some countries, mother tongue tuition for immigrant pupils mainly depends on voluntary and private initiatives, such as those initiated by the immigrant communities themselves. In Latvia, the possibility of immigrant pupils learning their mother tongue is provided for in the minority language programmes established for national ethnic minorities.

There are two main types of policy in respect of mother tongue tuition for immigrant pupils. The first approach is to adopt the principle that all immigrant pupils have the right to mother tongue tuition, albeit generally subject to a minimum demand threshold being met and the necessary resources being available. Tuition is then provided within the national educational system. The second approach, less often found, consists of arranging for the provision of tuition under bilateral agreements concluded between the host country and the countries from which the main immigrant communities present in the country originate.

Excerpted from: Integrating Immigrant Children into Schools in Europe
Communication with families and opportunities for mother tongue learning
Education, Audiovisual & Culture Executive Agency (EACEA)

With regard to language proficiency it is widely accepted that

- a) the level of proficiency in any language is of no importance
- b) first-language proficiency is not thought to be important for the learning of another language
- c) it is better to learn the language of the host country proficiently beforehand
- d) the better the immigrant children know their first language, the easier it is for them to learn the new language

Quesito 7 Domanda B - -Choose the answer which fits best according to the text.

Two principal methods of organising mother tongue tuition for immigrant pupils

Proficiency in their language of origin is widely considered to be of great importance for immigrant pupils.

Proficiency can make it easier for these pupils to learn the language of instruction and thus stimulate their development in all areas. In addition, the manner in which their mother tongue is viewed in the host community helps secure the self-esteem and identity of immigrant children and their families. With regard to organisation, the extent to which mother tongue tuition is incorporated within the core school curriculum appears to be critical. According to a report issued by the European Parliament on the integration of immigrant pupils, tuition given outside the standard curriculum adds to pupils' school hours and can lead to feelings of rejection, mainly owing to the stigmatisation that attending such lessons can create.

Few countries have yet taken steps to introduce teaching in the language of origin at pre-primary education level. In some countries, mother tongue tuition for immigrant pupils mainly depends on voluntary and private initiatives, such as those initiated by the immigrant communities themselves. In Latvia, the possibility of immigrant pupils learning their mother tongue is provided for in the minority language programmes established for national ethnic minorities.

There are two main types of policy in respect of mother tongue tuition for immigrant pupils. The first approach is to adopt the principle that all immigrant pupils have the right to mother tongue tuition, albeit generally subject to a minimum demand threshold being met and the necessary resources being available. Tuition is then provided within the national educational system. The second approach, less often found, consists of arranging for the provision of tuition under bilateral agreements concluded between the host country and the countries from which the main immigrant communities present in the country originate.

Excerpted from: Integrating Immigrant Children into Schools in Europe
Communication with families and opportunities for mother tongue learning
Education, Audiovisual & Culture Executive Agency (EACEA)

In order to avoid a feeling of rejection on behalf of the immigrant pupils it is important that

- a) mother tongue tuition be incorporated within the core school curriculum
- b) all students attend after school tuition
- c) tuition be given outside the standard curriculum
- d) the language of instruction be solely in their language of origin

Quesito 7 Domanda C - -Choose the answer which fits best according to the text.

Two principal methods of organising mother tongue tuition for immigrant pupils

Proficiency in their language of origin is widely considered to be of great importance for immigrant pupils. Proficiency can make it easier for these pupils to learn the language of instruction and thus stimulate their development in all areas. In addition, the manner in which their mother tongue is viewed in the host community helps secure the self-esteem and identity of immigrant children and their families. With regard to organisation, the extent to which mother tongue tuition is incorporated within the core school curriculum appears to be critical. According to a report issued by the European Parliament on the integration of immigrant pupils, tuition given outside the standard curriculum adds to pupils' school hours and can lead to feelings of rejection, mainly owing to the stigmatisation that attending such lessons can create.

Few countries have yet taken steps to introduce teaching in the language of origin at pre-primary education level. In some countries, mother tongue tuition for immigrant pupils mainly depends on voluntary and private initiatives, such as those initiated by the immigrant communities themselves. In Latvia, the possibility of immigrant pupils learning their mother tongue is provided for in the minority language programmes established for national ethnic minorities.

There are two main types of policy in respect of mother tongue tuition for immigrant pupils. The first approach is to adopt the principle that all immigrant pupils have the right to mother tongue tuition, albeit generally subject to a minimum demand threshold being met and the necessary resources being available. Tuition is then provided within the national educational system. The second approach, less often found, consists of arranging for the provision of tuition under bilateral agreements concluded between the host country and the countries from which the main immigrant communities present in the country originate.

In certain countries, mother tongue tuition for immigrant pupils

- a) is provided in many countries at pre-primary level
- b) is never provided by voluntary and private initiatives
- c) is always provided by the school system
- d) is generally provided through initiatives taken by immigrant communities

Quesito 7 Domanda D - -Choose the answer which fits best according to the text.

Two principal methods of organising mother tongue tuition for immigrant pupils

Proficiency in their language of origin is widely considered to be of great importance for immigrant pupils. Proficiency can make it easier for these pupils to learn the language of instruction and thus stimulate their development in all areas. In addition, the manner in which their mother tongue is viewed in the host community helps secure the self-esteem and identity of immigrant children and their families. With regard to organisation, the extent to which mother tongue tuition is incorporated within the core school curriculum appears to be critical. According to a report issued by the European Parliament on the integration of immigrant pupils, tuition given outside the standard curriculum adds to pupils' school hours and can lead to feelings of rejection, mainly owing to the stigmatisation that attending such lessons can create.

Few countries have yet taken steps to introduce teaching in the language of origin at pre-primary education level. In some countries, mother tongue tuition for immigrant pupils mainly depends on voluntary and private initiatives, such as those initiated by the immigrant communities themselves. In Latvia, the possibility of immigrant pupils learning their mother tongue is provided for in the minority language programmes established for national ethnic minorities.

There are two main types of policy in respect of mother tongue tuition for immigrant pupils. The first approach is to adopt the principle that all immigrant pupils have the right to mother tongue tuition, albeit generally subject to a minimum demand threshold being met and the necessary resources being available. Tuition is then provided within the national educational system. The second approach, less often found, consists of arranging for the provision of tuition under bilateral agreements concluded between the host country and the countries from which the main immigrant communities present in the country originate.

The first type of policy in respect of mother tongue tuition for immigrant pupils

- a) endorses the principle that once in the host country the student should learn only the new language
- b) denies the right to mother tongue tuition for all immigrant pupils
- c) embraces the principle of the right to mother tongue tuition for all immigrant pupils
- d) is subject to the demand of resources

Quesito 7 Domanda E - -Choose the answer which fits best according to the text.

Two principal methods of organising mother tongue tuition for immigrant pupils

Proficiency in their language of origin is widely considered to be of great importance for immigrant pupils. Proficiency can make it easier for these pupils to learn the language of instruction and thus stimulate their development in all areas. In addition, the manner in which their mother tongue is viewed in the host community helps secure the self-esteem and identity of immigrant children and their families. With regard to organisation, the extent to which mother tongue tuition is incorporated within the core school curriculum appears to be critical. According to a report issued by the European Parliament on the integration of immigrant pupils, tuition given outside the standard curriculum adds to pupils' school hours and can lead to feelings of rejection, mainly owing to the stigmatisation that attending such lessons can create.

Few countries have yet taken steps to introduce teaching in the language of origin at pre-primary education level. In some countries, mother tongue tuition for immigrant pupils mainly depends on voluntary and private initiatives, such as those initiated by the immigrant communities themselves. In Latvia, the possibility of immigrant pupils learning their mother tongue is provided for in the minority language programmes established for national ethnic minorities.

There are two main types of policy in respect of mother tongue tuition for immigrant pupils. The first approach is to adopt the principle that all immigrant pupils have the right to mother tongue tuition, albeit generally subject to a minimum demand threshold being met and the necessary resources being available. Tuition is then provided within the national educational system. The second approach, less often found, consists of arranging for the provision of tuition under bilateral agreements concluded between the host country and the countries from which the main immigrant communities present in the country originate.

Excerpted from: Integrating Immigrant Children into Schools in Europe
Communication with families and opportunities for mother tongue learning
Education, Audiovisual & Culture Executive Agency (EACEA)

The second type of approach in respect of mother tongue tuition for immigrant pupils

- a) is the most frequently adopted approach
- b) provides tuition if resources are available
- c) arranges bilateral agreements for tuition
- d) excludes the immigrant countries of origin

Quesito 8 Domanda A - -Choose the answer which fits best according to the text.

The concentration of disadvantage in schools hosting immigrant students

When they move to a new country, many immigrants tend to settle in neighbourhoods with other immigrants, often from the same country of origin and of the same socio-economic status. They may decide to do this as a way to build a network of people who share their culture or their experience as migrants and who also may be able to help newly arrived migrants make their way through administrative procedures and perhaps even find work. But they may also move to these areas because of socioeconomic deprivation, which limits the range of areas where they can relocate. Similarly, immigrant students tend to be concentrated in the same schools, sometimes because they live in the same neighbourhoods, but sometimes because school systems group them together, whether or not they are neighbours, or because they show similar performance patterns. The concentration of immigrant students in schools does not, in itself, have to have adverse effects on student performance or on integration efforts. PISA reveals that it is not the concentration of immigrant students in a school but, rather, the concentration of socioeconomic disadvantage in a school that hinders student achievement.

Across OECD countries, 15-year-old students who attend schools where the concentration of immigrants is high tend to do worse in school than students who attend schools where there are no immigrant students. But this difference reflects the fact that many immigrant students are socio-economically disadvantaged. The OECD average difference in mathematics performance between students who attend schools where more than 25% of students are immigrants compared to students who attend schools with no immigrant students is 18 score points

– the equivalent of around 6 months of schooling.

But after accounting for the socio-economic status of the students and schools, that difference is more than halved – to 5 score points.

Excerpted from: Helping immigrant students to succeed at school – and beyond
OECD 2015

When moving to new countries, immigrants

- a) settle in neighbourhoods where they will not be able to find work
- b) tend to find a place near schools
- c) settle in areas with other immigrants of the same country
- d) move away from fellow citizens

Quesito 8 Domanda B - -Choose the answer which fits best according to the text.

The concentration of disadvantage in schools hosting immigrant students

When they move to a new country, many immigrants tend to settle in neighbourhoods with other immigrants, often from the same country of origin and of the same socio-economic status. They may decide to do this as a way to build a network of people who share their culture or their experience as migrants and who also may be able to help newly arrived migrants make their way through administrative procedures and perhaps even find work. But they may also move to these areas because of socioeconomic deprivation, which limits the range of areas where they can relocate. Similarly, immigrant students tend to be concentrated in the same schools, sometimes because they live in the same neighbourhoods, but sometimes because school systems group them together, whether or not they are neighbours, or because they show similar performance patterns.

The concentration of immigrant students in schools does not, in itself, have to have adverse effects on student performance or on integration efforts. PISA reveals that it is not the concentration of immigrant students in a school but, rather, the concentration of socioeconomic disadvantage in a school that hinders student achievement.

Across OECD countries, 15-year-old students who attend schools where the concentration of immigrants is high tend to do worse in school than students who attend schools where there are no immigrant students. But this difference reflects the fact that many immigrant students are socio-economically disadvantaged. The OECD average difference in mathematics performance between students who attend schools where more than 25% of students are immigrants compared to students who attend schools with no immigrant students is 18 score points – the equivalent of around 6 months of schooling.

But after accounting for the socio-economic status of the students and schools, that difference is more than halved – to 5 score points.

Excerpted from: Helping immigrant students to succeed at school – and beyond
OECD 2015

Among the reasons for immigrants to move to the same neighbourhoods are

- a) building houses together and sharing their culture
- b) sharing their culture, finding work and receiving support
- c) sharing their houses and their culture
- d) sharing their culture and to create clubs

Quesito 8 Domanda C - -Choose the answer which fits best according to the text.

The concentration of disadvantage in schools hosting immigrant students

When they move to a new country, many immigrants tend to settle in neighbourhoods with other immigrants, often from the same country of origin and of the same socio-economic status. They may decide to do this as a way to build a network of people who share their culture or their experience as migrants and who also may be able to help newly arrived migrants make their way through administrative procedures and perhaps even find work. But they may also move to these areas because of socioeconomic deprivation, which limits the range of areas where they can relocate. Similarly, immigrant students tend to be concentrated in the same schools, sometimes because they live in the same neighbourhoods, but sometimes because school systems group them together, whether or not they are neighbours, or because they show similar performance patterns.

The concentration of immigrant students in schools does not, in itself, have to have adverse effects on student performance or on integration efforts. PISA reveals that it is not the concentration of immigrant students in a school but, rather, the concentration of socioeconomic disadvantage in a school that hinders student achievement.

Across OECD countries, 15-year-old students who attend schools where the concentration of immigrants is high tend to do worse in school than students who attend schools where there are no immigrant students. But this difference reflects the fact that many immigrant students are socio-economically disadvantaged. The OECD average difference in mathematics performance between students who attend schools where more than 25% of students are immigrants compared to students who attend schools with no immigrant students is 18 score points – the equivalent of around 6 months of schooling.

But after accounting for the socio-economic status of the students and schools, that difference is more than halved – to 5 score points.

Excerpted from: Helping immigrant students to succeed at school – and beyond
OECD 2015

Student performance in school is obstructed by

- a) strict administrative procedures
- b) newly arrived immigrants
- c) concentration of immigrants
- d) concentration of socio-economic disadvantage

Quesito 8 Domanda D - -Choose the answer which fits best according to the text.

The concentration of disadvantage in schools hosting immigrant students

When they move to a new country, many immigrants tend to settle in neighbourhoods with other immigrants, often from the same country of origin and of the same socio-economic status. They may decide to do this as a way to build a network of people who share their culture or their experience as migrants and who also may be able to help newly arrived migrants make their way through administrative procedures and perhaps even find work. But they may also move to these areas because of socioeconomic deprivation, which limits the range of areas where they can relocate. Similarly, immigrant students tend to be concentrated in the same schools, sometimes because they live in the same neighbourhoods, but sometimes because school systems group them together, whether or not they are neighbours, or because they show similar performance patterns.

The concentration of immigrant students in schools does not, in itself, have to have adverse effects on student performance or on integration efforts. PISA reveals that it is not the concentration of immigrant students in a school but, rather, the concentration of socioeconomic disadvantage in a school that hinders student achievement.

Across OECD countries, 15-year-old students who attend schools where the concentration of immigrants is high tend to do worse in school than students who attend schools where there are no immigrant students. But this difference reflects the fact that many immigrant students are socio-economically disadvantaged. The OECD

average difference in mathematics performance between students who attend schools where more than 25% of students are immigrants compared to students who attend schools with no immigrant students is 18 score points – the equivalent of around 6 months of schooling.

But after accounting for the socio-economic status of the students and schools, that difference is more than halved – to 5 score points.

Excerpted from: Helping immigrant students to succeed at school – and beyond
OECD 2015

High concentration of immigrant students in schools causes teenage students to

- a) score higher in mathematics
- b) perform worse in school
- c) be proficient in the host language
- d) perform better in school

Quesito 8 Domanda E - -Choose the answer which fits best according to the text.

The concentration of disadvantage in schools hosting immigrant students

When they move to a new country, many immigrants tend to settle in neighbourhoods with other immigrants, often from the same country of origin and of the same socio-economic status. They may decide to do this as a way to build a network of people who share their culture or their experience as migrants and who also may be able to help newly arrived migrants make their way through administrative procedures and perhaps even find work. But they may also move to these areas because of socioeconomic deprivation, which limits the range of areas where they can relocate. Similarly, immigrant students tend to be concentrated in the same schools, sometimes because they live in the same neighbourhoods, but sometimes because school systems group them together, whether or not they are neighbours, or because they show similar performance patterns.

The concentration of immigrant students in schools does not, in itself, have to have adverse effects on student performance or on integration efforts. PISA reveals that it is not the concentration of immigrant students in a school but, rather, the concentration of socioeconomic disadvantage in a school that hinders student achievement.

Across OECD countries, 15-year-old students who attend schools where the concentration of immigrants is high tend to do worse in school than students who attend schools where there are no immigrant students. But this difference reflects the fact that many immigrant students are socio-economically disadvantaged. The OECD average difference in mathematics performance between students who attend schools where more than 25% of students are immigrants compared to students who attend schools with no immigrant students is 18 score points – the equivalent of around 6 months of schooling.

But after accounting for the socio-economic status of the students and schools, that difference is more than halved – to 5 score points.

Excerpted from: Helping immigrant students to succeed at school – and beyond
OECD 2015

The difference in mathematics performance between students who attend schools with high concentration of immigrants and those attending schools with no immigrants was halved

- a) after taking into consideration the socio-economic status of the students' school
- b) after counting the socio-economic status of the students' school
- c) after changing the length of school time
- d) after offering private tuition to the students

Domande a risposta multipla - ES

Quesito 7 Domanda A - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

Efectos "compañero" en la integración del alumno inmigrante

Muchos estudios se basan en el análisis de la incidencia de los llamados peer group effects. La idea que subyace a este concepto es que el nivel de conocimientos que un alumno asimila depende directamente de las características de sus compañeros, de forma que los estudiantes introducen externalidades positivas o negativas tanto en su aula como en la escuela en su conjunto.

Se ha desarrollado una extensa literatura económica en la que se han encontrado relaciones significativas entre los resultados académicos de un individuo y determinadas características de los compañeros, como el nivel socioeconómico o educativo de las familias, o los recursos educativos de los hogares. Diversas investigaciones han contrastado, además, la incidencia sobre los resultados académicos de tener compañeros inmigrantes, encontrando, en general, efectos negativos y significativos.[...]

La razón teórica que podría sustentar este negativo "efecto compañero" inducido por el inmigrante es la posible existencia de microinteracciones entre este y los nativos, de forma que, como los inmigrantes están menos inclinados, por razones exógenas, al éxito escolar, interactuar con ellos puede tener un efecto contagio, desincentivando así la inversión de esfuerzo en terceros. No obstante, los propios autores desconfían de este argumento, ya que, habitualmente, en todas las economías avanzadas, los inmigrantes demuestran más ambición educativa y unas expectativas sobre sus propios resultados mayores que los autóctonos con el mismo nivel socioeconómico, por lo que interactuar con ellos sería, a priori, beneficioso para los nativos. [...]

La evidencia empírica pone de manifiesto que las políticas encaminadas a la segregación escolar del alumnado no consiguen incrementar su rendimiento medio, sino que tienden a disminuirlo. Parece conveniente que los centros educativos enfoquen sus esfuerzos a fomentar la especialización y formación docente en el uso de técnicas para manejar la diversidad en el alumnado.

Adaptado de <http://www.mecd.gob.es/dctm/revista-de-educacion/articulosre318/re3180607707.pdf?documentId=0901e72b81270ba9>

Según el artículo

- a) el efecto compañero se centra exclusivamente en la influencia que ejerce la forma de vestir de un alumno en sus compañeros
- b) el efecto compañero se centra en la influencia que ejerce el comportamiento de los alumnos entre sí
- c) el efecto compañero no influye en la adquisición de conocimientos ya que eso es uno de los deberes del docente
- d) con el efecto compañero los docentes introducen externalidades positivas o negativas tanto en su aula como en la escuela en su conjunto

Quesito 7 Domanda B - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

Efectos "compañero" en la integración del alumno inmigrante

Muchos estudios se basan en el análisis de la incidencia de los llamados peer group effects. La idea que subyace a este concepto es que el nivel de conocimientos que un alumno asimila depende directamente de las características de sus compañeros, de forma que los estudiantes introducen externalidades positivas o negativas tanto en su aula como en la escuela en su conjunto.

Se ha desarrollado una extensa literatura económica en la que se han encontrado relaciones significativas entre

los resultados académicos de un individuo y determinadas características de los compañeros, como el nivel socioeconómico o educativo de las familias, o los recursos educativos de los hogares. Diversas investigaciones han contrastado, además, la incidencia sobre los resultados académicos de tener compañeros inmigrantes, encontrando, en general, efectos negativos y significativos.[...]

La razón teórica que podría sustentar este negativo "efecto compañero" inducido por el inmigrante es la posible existencia de microinteracciones entre este y los nativos, de forma que, como los inmigrantes están menos inclinados, por razones exógenas, al éxito escolar, interactuar con ellos puede tener un efecto contagio, desincentivando así la inversión de esfuerzo en terceros. No obstante, los propios autores desconfían de este argumento, ya que, habitualmente, en todas las economías avanzadas, los inmigrantes demuestran más ambición educativa y unas expectativas sobre sus propios resultados mayores que los autóctonos con el mismo nivel socioeconómico, por lo que interactuar con ellos sería, a priori, beneficioso para los nativos. [...]

La evidencia empírica pone de manifiesto que las políticas encaminadas a la segregación escolar del alumnado no consiguen incrementar su rendimiento medio, sino que tienden a disminuirlo. Parece conveniente que los centros educativos enfoquen sus esfuerzos a fomentar la especialización y formación docente en el uso de técnicas para manejar la diversidad en el alumnado.

Adaptado de <http://www.mecd.gob.es/dctm/revista-de-educacion/articulosre318/re3180607707.pdf?documentId=0901e72b81270ba9>

Leyendo el texto se entiende que

- a) los resultados académicos prevalecen sobre las características de los compañeros o el nivel socioeconómico o educativo de las familias
- b) se han investigado, a su vez, los recursos educativos y el nivel socioeconómico de los hogares de los docentes
- c) las relaciones entre resultados académicos y las características de los compañeros son y han sido objeto de estudio
- d) se han contrastado los niveles socioeconómico y educativo entre las familias de inmigrantes

Quesito 7 Domanda C - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

Efectos "compañero" en la integración del alumno inmigrante

Muchos estudios se basan en el análisis de la incidencia de los llamados peer group effects. La idea que subyace a este concepto es que el nivel de conocimientos que un alumno asimila depende directamente de las características de sus compañeros, de forma que los estudiantes introducen externalidades positivas o negativas tanto en su aula como en la escuela en su conjunto.

Se ha desarrollado una extensa literatura económica en la que se han encontrado relaciones significativas entre los resultados académicos de un individuo y determinadas características de los compañeros, como el nivel socioeconómico o educativo de las familias, o los recursos educativos de los hogares. Diversas investigaciones han contrastado, además, la incidencia sobre los resultados académicos de tener compañeros inmigrantes, encontrando, en general, efectos negativos y significativos.[...]

La razón teórica que podría sustentar este negativo "efecto compañero" inducido por el inmigrante es la posible existencia de microinteracciones entre este y los nativos, de forma que, como los inmigrantes están menos inclinados, por razones exógenas, al éxito escolar, interactuar con ellos puede tener un efecto contagio, desincentivando así la inversión de esfuerzo en terceros. No obstante, los propios autores desconfían de este argumento, ya que, habitualmente, en todas las economías avanzadas, los inmigrantes demuestran más ambición educativa y unas expectativas sobre sus propios resultados mayores que los autóctonos con el mismo nivel socioeconómico, por lo que interactuar con ellos sería, a priori, beneficioso para los nativos. [...]

La evidencia empírica pone de manifiesto que las políticas encaminadas a la segregación escolar del alumnado no consiguen incrementar su rendimiento medio, sino que tienden a disminuirlo. Parece conveniente que los centros educativos enfoquen sus esfuerzos a fomentar la especialización y formación docente en el uso de

técnicas para manejar la diversidad en el alumnado.

Adaptado de <http://www.mecd.gob.es/dctm/revista-de-educacion/articulosre318/re3180607707.pdf?documentId=0901e72b81270ba9>

En el estudio se refleja que

- a) los analistas no están muy de acuerdo sobre los resultados que se desprenden del “efecto compañero”
- b) los resultados que se obtienen siempre y en todos los centros son positivos y negativos
- c) la única razón teórica que explica el “efecto compañero” es la posible existencia de microinteracciones entre el inmigrante y los nativos
- d) el éxito escolar siempre se ve contagiado únicamente por terceros, quienes están desmotivados

Quesito 7 Domanda D - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

Efectos "compañero" en la integración del alumno inmigrante

Muchos estudios se basan en el análisis de la incidencia de los llamados peer group effects. La idea que subyace a este concepto es que el nivel de conocimientos que un alumno asimila depende directamente de las características de sus compañeros, de forma que los estudiantes introducen externalidades positivas o negativas tanto en su aula como en la escuela en su conjunto.

Se ha desarrollado una extensa literatura económica en la que se han encontrado relaciones significativas entre los resultados académicos de un individuo y determinadas características de los compañeros, como el nivel socioeconómico o educativo de las familias, o los recursos educativos de los hogares. Diversas investigaciones han contrastado, además, la incidencia sobre los resultados académicos de tener compañeros inmigrantes, encontrando, en general, efectos negativos y significativos.[...]

La razón teórica que podría sustentar este negativo "efecto compañero" inducido por el inmigrante es la posible existencia de microinteracciones entre este y los nativos, de forma que, como los inmigrantes están menos inclinados, por razones exógenas, al éxito escolar, interactuar con ellos puede tener un efecto contagio, desincentivando así la inversión de esfuerzo en terceros. No obstante, los propios autores desconfían de este argumento, ya que, habitualmente, en todas las economías avanzadas, los inmigrantes demuestran más ambición educativa y unas expectativas sobre sus propios resultados mayores que los autóctonos con el mismo nivel socioeconómico, por lo que interactuar con ellos sería, a priori, beneficioso para los nativos. [...]

La evidencia empírica pone de manifiesto que las políticas encaminadas a la segregación escolar del alumnado no consiguen incrementar su rendimiento medio, sino que tienden a disminuirlo. Parece conveniente que los centros educativos enfoquen sus esfuerzos a fomentar la especialización y formación docente en el uso de técnicas para manejar la diversidad en el alumnado.

Adaptado de <http://www.mecd.gob.es/dctm/revista-de-educacion/articulosre318/re3180607707.pdf?documentId=0901e72b81270ba9>

Según el texto,

- a) hay casos concretos en que los inmigrantes se adaptan al país de llegada superando positivamente todas las expectativas
- b) la interacción entre autóctonos e inmigrantes normalmente produce un efecto beneficioso en el aprendizaje de un idioma
- c) los resultados de los autóctonos superan siempre y con creces la de los inmigrantes
- d) los inmigrantes poseen exactamente las mismas expectativas al llegar a una economía más avanzada

Quesito 7 Domanda E - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

Efectos "compañero" en la integración del alumno inmigrante

Muchos estudios se basan en el análisis de la incidencia de los llamados peer group effects. La idea que subyace a este concepto es que el nivel de conocimientos que un alumno asimila depende directamente de las características de sus compañeros, de forma que los estudiantes introducen externalidades positivas o negativas tanto en su aula como en la escuela en su conjunto.

Se ha desarrollado una extensa literatura económica en la que se han encontrado relaciones significativas entre los resultados académicos de un individuo y determinadas características de los compañeros, como el nivel socioeconómico o educativo de las familias, o los recursos educativos de los hogares. Diversas investigaciones han contrastado, además, la incidencia sobre los resultados académicos de tener compañeros inmigrantes, encontrando, en general, efectos negativos y significativos.[...]

La razón teórica que podría sustentar este negativo "efecto compañero" inducido por el inmigrante es la posible existencia de microinteracciones entre este y los nativos, de forma que, como los inmigrantes están menos inclinados, por razones exógenas, al éxito escolar, interactuar con ellos puede tener un efecto contagio, desincentivando así la inversión de esfuerzo en terceros. No obstante, los propios autores desconfían de este argumento, ya que, habitualmente, en todas las economías avanzadas, los inmigrantes demuestran más ambición educativa y unas expectativas sobre sus propios resultados mayores que los autóctonos con el mismo nivel socioeconómico, por lo que interactuar con ellos sería, a priori, beneficioso para los nativos. [...]

La evidencia empírica pone de manifiesto que las políticas encaminadas a la segregación escolar del alumnado no consiguen incrementar su rendimiento medio, sino que tienden a disminuirlo. Parece conveniente que los centros educativos enfoquen sus esfuerzos a fomentar la especialización y formación docente en el uso de técnicas para manejar la diversidad en el alumnado.

Adaptado de <http://www.mecd.gob.es/dctm/revista-de-educacion/articulosre318/re3180607707.pdf?documentId=0901e72b81270ba9>

Los centros educativos

- a) la formación docente no da una solución definitiva a la problemática del "efecto compañero"
- b) son un claro ejemplo de que las políticas encaminadas a la segregación funcionan
- c) deberían ser reflejo de la nueva sociedad y adaptarse a ella, mejorando y fomentando la diversidad entre los alumnos
- d) son el único modo de incluir al inmigrante en la sociedad

Quesito 8 Domanda A - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

ESCOLARIZACIÓN DE LOS NIÑOS INMIGRANTES

La escolarización de niños inmigrantes es un tema que no interesa demasiado, quizás porque todavía no se trata de un problema de grandes dimensiones, o quizás porque los inmigrantes no representan aún una masa de consumidores. Seguimos haciendo como si la presencia de inmigrantes fuera algo pasajero.

Sin embargo, no es así: a parte de la existencia de un colectivo de adultos que necesitan aprender la lengua para poder vivir (o sobrevivir) en nuestro país, cada día es más numerosa la presencia de niños extranjeros en las aulas, y seguirá creciendo conforme la situación de los adultos se vaya estabilizando. Podemos encontrar algunas comunidades como Cataluña y Madrid, donde el porcentaje de niños extranjeros nos dice que su presencia ha dejado de ser algo anecdótico. [...] En la mayoría de los casos, los centros deben arreglárselas con el personal y con los medios de que disponen para hacer frente a esta nueva situación. [...] Ante la ausencia de medidas concretas por parte de la Administración, la viabilidad del proceso educativo depende exclusivamente de la buena voluntad de los profesionales implicados.

Parece también evidente que el niño necesita un aprendizaje urgente: no se trata de aprender una lengua por placer o porque el currículo así lo indica; se trata de aprender una lengua para vivir. Hasta que el niño no controle la lengua no podrá acceder a los otros aprendizajes que ofrece la escuela, por lo tanto se verá descolgado desde el punto de vista académico[...] El niño sin la posibilidad de comunicar, se verá más aislado si cabe. Pensemos que se trata de niños que han perdido sus referencias familiares, geográficas y escolares y que se ven implantados en un sistema que no conocen y que a duras penas podrán comprender mientras no puedan controlar el código: la lengua.

Adaptado de García y Moscardó, Nuevas tecnologías en la enseñanza del español a inmigrantes en un contexto escolar, en cvc.cervantes.es/ensenanza/biblioteca_ele/asele/pdf/12/12_0679.pdf

Las autoras del artículo reprochan que

- a) la presencia de niños inmigrantes ya es un tema crucial en la sociedad
- b) la escolarización de niños inmigrantes, aunque es algo pasajero, ha llegado a ser completa
- c) a los niños inmigrantes no les interesa demasiado formar parte de la escuela del país de destino
- d) la sociedad considera aún que el problema de la inmigración es temporal

Quesito 8 Domanda B - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

ESCOLARIZACIÓN DE LOS NIÑOS INMIGRANTES

La escolarización de niños inmigrantes es un tema que no interesa demasiado, quizás porque todavía no se trata de un problema de grandes dimensiones, o quizás porque los inmigrantes no representan aún una masa de consumidores. Seguimos haciendo como si la presencia de inmigrantes fuera algo pasajero.

Sin embargo, no es así: a parte de la existencia de un colectivo de adultos que necesitan aprender la lengua para poder vivir (o sobrevivir) en nuestro país, cada día es más numerosa la presencia de niños extranjeros en las aulas, y seguirá creciendo conforme la situación de los adultos se vaya estabilizando. Podemos encontrar algunas comunidades como Cataluña y Madrid, donde el porcentaje de niños extranjeros nos dice que su presencia ha dejado de ser algo anecdótico. [...] En la mayoría de los casos, los centros deben arreglárselas con el personal y con los medios de que disponen para hacer frente a esta nueva situación. [...] Ante la ausencia de medidas concretas por parte de la Administración, la viabilidad del proceso educativo depende exclusivamente de la buena voluntad de los profesionales implicados.

Parece también evidente que el niño necesita un aprendizaje urgente: no se trata de aprender una lengua por placer o porque el currículo así lo indica; se trata de aprender una lengua para vivir. Hasta que el niño no controle la lengua no podrá acceder a los otros aprendizajes que ofrece la escuela, por lo tanto se verá descolgado desde el punto de vista académico[...] El niño sin la posibilidad de comunicar, se verá más aislado si cabe. Pensemos que se trata de niños que han perdido sus referencias familiares, geográficas y escolares y que se ven implantados en un sistema que no conocen y que a duras penas podrán comprender mientras no puedan controlar el código: la lengua.

Adaptado de García y Moscardó, Nuevas tecnologías en la enseñanza del español a inmigrantes en un contexto escolar, en cvc.cervantes.es/ensenanza/biblioteca_ele/asele/pdf/12/12_0679.pdf

El texto comenta que

- a) hay comunidades donde los centros deben hacer frente a la nueva situación del inmigrante, adaptándose a las nuevas necesidades
- b) Cataluña y Madrid han creado centros especializados para el colectivo de adultos inmigrantes para que puedan aprender la lengua
- c) se prevé la presencia de personal especializado para hacer frente a la nueva situación en todos los centros escolares

- d) la Administración ha propuesto unas pautas claras y generales para enfrentarse a la llegada de niños inmigrantes

Quesito 8 Domanda C - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

ESCOLARIZACIÓN DE LOS NIÑOS INMIGRANTES

La escolarización de niños inmigrantes es un tema que no interesa demasiado, quizás porque todavía no se trata de un problema de grandes dimensiones, o quizás porque los inmigrantes no representan aún una masa de consumidores. Seguimos haciendo como si la presencia de inmigrantes fuera algo pasajero.

Sin embargo, no es así: a parte de la existencia de un colectivo de adultos que necesitan aprender la lengua para poder vivir (o sobrevivir) en nuestro país, cada día es más numerosa la presencia de niños extranjeros en las aulas, y seguirá creciendo conforme la situación de los adultos se vaya estabilizando. Podemos encontrar algunas comunidades como Cataluña y Madrid, donde el porcentaje de niños extranjeros nos dice que su presencia ha dejado de ser algo anecdótico. [...] En la mayoría de los casos, los centros deben arreglárselas con el personal y con los medios de que disponen para hacer frente a esta nueva situación. [...] Ante la ausencia de medidas concretas por parte de la Administración, la viabilidad del proceso educativo depende exclusivamente de la buena voluntad de los profesionales implicados.

Parece también evidente que el niño necesita un aprendizaje urgente: no se trata de aprender una lengua por placer o porque el currículo así lo indica; se trata de aprender una lengua para vivir. Hasta que el niño no controle la lengua no podrá acceder a los otros aprendizajes que ofrece la escuela, por lo tanto se verá descolgado desde el punto de vista académico[...] El niño sin la posibilidad de comunicar, se verá más aislado si cabe. Pensemos que se trata de niños que han perdido sus referencias familiares, geográficas y escolares y que se ven implantados en un sistema que no conocen y que a duras penas podrán comprender mientras no puedan controlar el código: la lengua.

Adaptado de García y Moscardó, Nuevas tecnologías en la enseñanza del español a inmigrantes en un contexto escolar, en cvc.cervantes.es/ensenanza/biblioteca_ele/asele/pdf/12/12_0679.pdf

Los centros educativos

- a) siguen las pautas establecidas por el Estado
- b) se organizan internamente gracias al empeño de sus profesionales
- c) la Administración promueve continuamente la formación del profesorado sobre la integración del inmigrante y la educación a la diversidad
- d) cuentan, independientemente del número de inmigrantes que lleguen, con personal y medios suficientes

Quesito 8 Domanda D - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

ESCOLARIZACIÓN DE LOS NIÑOS INMIGRANTES

La escolarización de niños inmigrantes es un tema que no interesa demasiado, quizás porque todavía no se trata de un problema de grandes dimensiones, o quizás porque los inmigrantes no representan aún una masa de consumidores. Seguimos haciendo como si la presencia de inmigrantes fuera algo pasajero.

Sin embargo, no es así: a parte de la existencia de un colectivo de adultos que necesitan aprender la lengua para poder vivir (o sobrevivir) en nuestro país, cada día es más numerosa la presencia de niños extranjeros en las aulas, y seguirá creciendo conforme la situación de los adultos se vaya estabilizando. Podemos encontrar algunas comunidades como Cataluña y Madrid, donde el porcentaje de niños extranjeros nos dice que su presencia ha dejado de ser algo anecdótico. [...] En la mayoría de los casos, los centros deben arreglárselas con el personal y con los medios de que disponen para hacer frente a esta nueva situación. [...] Ante la ausencia de medidas concretas por parte de la Administración, la viabilidad del proceso educativo depende exclusivamente

de la buena voluntad de los profesionales implicados.

Parece también evidente que el niño necesita un aprendizaje urgente: no se trata de aprender una lengua por placer o porque el currículo así lo indica; se trata de aprender una lengua para vivir. Hasta que el niño no controle la lengua no podrá acceder a los otros aprendizajes que ofrece la escuela, por lo tanto se verá descolgado desde el punto de vista académico[...] El niño sin la posibilidad de comunicar, se verá más aislado si cabe. Pensemos que se trata de niños que han perdido sus referencias familiares, geográficas y escolares y que se ven implantados en un sistema que no conocen y que a duras penas podrán comprender mientras no puedan controlar el código: la lengua.

Adaptado de García y Moscardó, Nuevas tecnologías en la enseñanza del español a inmigrantes en un contexto escolar, en cvc.cervantes.es/ensenanza/biblioteca_ele/asele/pdf/12/12_0679.pdf

En cuanto al aprendizaje del idioma del país de destino, en el texto se afirma que el niño inmigrante

- a) aprende el idioma no para integrarse sino para cumplir los objetivos del currículo
- b) no considera que es urgente aprender el nuevo idioma
- c) aprende el idioma para integrarse y vivir en el nuevo país
- d) aprende el idioma pero no podrá acceder a los otros aprendizajes que ofrece el centro educativo

Quesito 8 Domanda E - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

ESCOLARIZACIÓN DE LOS NIÑOS INMIGRANTES

La escolarización de niños inmigrantes es un tema que no interesa demasiado, quizás porque todavía no se trata de un problema de grandes dimensiones, o quizás porque los inmigrantes no representan aún una masa de consumidores. Seguimos haciendo como si la presencia de inmigrantes fuera algo pasajero.

Sin embargo, no es así: a parte de la existencia de un colectivo de adultos que necesitan aprender la lengua para poder vivir (o sobrevivir) en nuestro país, cada día es más numerosa la presencia de niños extranjeros en las aulas, y seguirá creciendo conforme la situación de los adultos se vaya estabilizando. Podemos encontrar algunas comunidades como Cataluña y Madrid, donde el porcentaje de niños extranjeros nos dice que su presencia ha dejado de ser algo anecdótico. [...] En la mayoría de los casos, los centros deben arreglárselas con el personal y con los medios de que disponen para hacer frente a esta nueva situación. [...] Ante la ausencia de medidas concretas por parte de la Administración, la viabilidad del proceso educativo depende exclusivamente de la buena voluntad de los profesionales implicados.

Parece también evidente que el niño necesita un aprendizaje urgente: no se trata de aprender una lengua por placer o porque el currículo así lo indica; se trata de aprender una lengua para vivir. Hasta que el niño no controle la lengua no podrá acceder a los otros aprendizajes que ofrece la escuela, por lo tanto se verá descolgado desde el punto de vista académico[...] El niño sin la posibilidad de comunicar, se verá más aislado si cabe. Pensemos que se trata de niños que han perdido sus referencias familiares, geográficas y escolares y que se ven implantados en un sistema que no conocen y que a duras penas podrán comprender mientras no puedan controlar el código: la lengua.

Adaptado de García y Moscardó, Nuevas tecnologías en la enseñanza del español a inmigrantes en un contexto escolar, en cvc.cervantes.es/ensenanza/biblioteca_ele/asele/pdf/12/12_0679.pdf

El niño inmigrante

- a) a duras penas podrá olvidar su bagaje cultural
- b) accederá a los distintos aprendizajes que ofrece el centro educativo independientemente de su conocimiento del idioma de destino
- c) dependiendo de su carácter puede verse más o menos aislado en el centro y en la sociedad en general

- d) normalmente abandona sus puntos de referencia y se ve en una nueva estructura difícil de entender

Domande a risposta multipla - FR

Quesito 7 Domanda A - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Le thème de la citoyenneté est souvent associé aujourd'hui à « l'éducation à la citoyenneté » ou à « l'éducation civique » à l'école, présentées par les pouvoirs publics et les médias comme remèdes à la montée des incivilités et de la violence dans les quartiers, dans les établissements scolaires, dans la société en général.

Celles-ci sont en effet source d'un sentiment croissant d'insécurité et de désintégration sociale, de perte de repères, et constituent une question vive aujourd'hui, à l'heure où l'on s'interroge, par exemple, sur la réaction de ces jeunes étudiants qui, dans certains établissements, ont refusé de respecter la minute de silence - hommage aux victimes des attentats terroristes à Paris.

Dans ce cadre, la tentation est forte plus que jamais de relier directement les deux, citoyenneté et incivilités (versus civilité), et de se limiter à ce seul aspect « chaud », mais très partiel, celui d'une crise de la civilité ou de la citoyenneté, trop rapidement confondues et toutes deux victimes de l'affaiblissement général des capacités régulatrices des instances de socialisation.

D'où la proposition de leur renforcement à l'école et par l'école. En effet, les résurgences inquiètes de « la question de la citoyenneté » ou de la « civilité », souvent abusivement amalgamées, semblent indiquer que ces dernières ne vont plus de soi. Et qu'une des raisons en serait la crise de la culture civique traditionnelle, surtout celle relative à la communauté de l'État-nation, elle-même moins bien inculquée et transmise qu'auparavant par les instances de socialisation.

Qu'en est-il réellement ? La réponse est loin d'être simple, parce que le diagnostic dépend en partie de ce que l'on met exactement sous le terme de citoyenneté, concept riche mais complexe, que l'on confond trop souvent aujourd'hui avec celui de civilité, confusion qui peut être source de déconvenues.

Adapté de : A. Chanel, « Citoyenneté et civilité aujourd'hui : quelques éclaircissements »

La question de l'éducation à la citoyenneté est en général présentée comme :

- a) un antidote aux problèmes de violence et au manque de solidarité civile.
- b) un moyen pour exacerber les différences sociales.
- c) un sujet d'enseignement nécessaire pour les immigrés.
- d) un sujet dangereux car il pourrait favoriser la montée de nouveaux nationalismes.

Quesito 7 Domanda B - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Le thème de la citoyenneté est souvent associé aujourd'hui à « l'éducation à la citoyenneté » ou à « l'éducation civique » à l'école, présentées par les pouvoirs publics et les médias comme remèdes à la montée des incivilités et de la violence dans les quartiers, dans les établissements scolaires, dans la société en général.

Celles-ci sont en effet source d'un sentiment croissant d'insécurité et de désintégration sociale, de perte de repères, et constituent une question vive aujourd'hui, à l'heure où l'on s'interroge, par exemple, sur la réaction de ces jeunes étudiants qui, dans certains établissements, ont refusé de respecter la minute de silence - hommage aux victimes des attentats terroristes à Paris.

Dans ce cadre, la tentation est forte plus que jamais de relier directement les deux, citoyenneté et incivilités (versus civilité), et de se limiter à ce seul aspect « chaud », mais très partiel, celui d'une crise de la civilité ou de la citoyenneté, trop rapidement confondues et toutes deux victimes de l'affaiblissement général des capacités régulatrices des instances de socialisation.

D'où la proposition de leur renforcement à l'école et par l'école. En effet, les résurgences inquiètes de « la question de la citoyenneté » ou de la « civilité », souvent abusivement amalgamées, semblent indiquer que ces

dernières ne vont plus de soi. Et qu'une des raisons en serait la crise de la culture civique traditionnelle, surtout celle relative à la communauté de l'État-nation, elle-même moins bien inculquée et transmise qu'auparavant par les instances de socialisation.

Qu'en est-il réellement ? La réponse est loin d'être simple, parce que le diagnostic dépend en partie de ce que l'on met exactement sous le terme de citoyenneté, concept riche mais complexe, que l'on confond trop souvent aujourd'hui avec celui de civilité, confusion qui peut être source de déconvenues.

Adapté de : A. Chanel, « Citoyenneté et civilité aujourd'hui : quelques éclaircissements »

Le refus de certains étudiants de témoigner leur solidarité aux victimes des attentats terroristes à Paris a été interprété comme :

- a) un signe de révolte contre le système scolaire.
- b) un signe de révolte générationnelle.
- c) un signe de crise du lien social.
- d) un geste volontaire pour dénoncer l'insécurité sociale.

Quesito 7 Domanda C - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Le thème de la citoyenneté est souvent associé aujourd'hui à « l'éducation à la citoyenneté » ou à « l'éducation civique » à l'école, présentées par les pouvoirs publics et les médias comme remèdes à la montée des incivilités et de la violence dans les quartiers, dans les établissements scolaires, dans la société en général.

Celles-ci sont en effet source d'un sentiment croissant d'insécurité et de désintégration sociale, de perte de repères, et constituent une question vive aujourd'hui, à l'heure où l'on s'interroge, par exemple, sur la réaction de ces jeunes étudiants qui, dans certains établissements, ont refusé de respecter la minute de silence - hommage aux victimes des attentats terroristes à Paris.

Dans ce cadre, la tentation est forte plus que jamais de relier directement les deux, citoyenneté et incivilités (versus civilité), et de se limiter à ce seul aspect « chaud », mais très partiel, celui d'une crise de la civilité ou de la citoyenneté, trop rapidement confondues et toutes deux victimes de l'affaiblissement général des capacités régulatrices des instances de socialisation.

D'où la proposition de leur renforcement à l'école et par l'école. En effet, les résurgences inquiètes de « la question de la citoyenneté » ou de la « civilité », souvent abusivement amalgamées, semblent indiquer que ces dernières ne vont plus de soi. Et qu'une des raisons en serait la crise de la culture civique traditionnelle, surtout celle relative à la communauté de l'État-nation, elle-même moins bien inculquée et transmise qu'auparavant par les instances de socialisation.

Qu'en est-il réellement ? La réponse est loin d'être simple, parce que le diagnostic dépend en partie de ce que l'on met exactement sous le terme de citoyenneté, concept riche mais complexe, que l'on confond trop souvent aujourd'hui avec celui de civilité, confusion qui peut être source de déconvenues.

Adapté de : A. Chanel, « Citoyenneté et civilité aujourd'hui : quelques éclaircissements »

Selon l'auteur du texte le risque est fort de :

- a) décourager les élèves car l'éducation à la citoyenneté est un sujet « chaud ».
- b) perdre l'esprit de solidarité et affaiblir le respect des droits humains.
- c) confier au système scolaire une tâche qu'il ne peut assumer.
- d) confondre la citoyenneté avec la civilité.

Quesito 7 Domanda D - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Le thème de la citoyenneté est souvent associé aujourd'hui à « l'éducation à la citoyenneté » ou à « l'éducation civique » à l'école, présentées par les pouvoirs publics et les médias comme remèdes à la montée des incivilités et de la violence dans les quartiers, dans les établissements scolaires, dans la société en général. Celles-ci sont en effet source d'un sentiment croissant d'insécurité et de désintégration sociale, de perte de repères, et constituent une question vive aujourd'hui, à l'heure où l'on s'interroge, par exemple, sur la réaction de ces jeunes étudiants qui, dans certains établissements, ont refusé de respecter la minute de silence - hommage aux victimes des attentats terroristes à Paris.

Dans ce cadre, la tentation est forte plus que jamais de relier directement les deux, citoyenneté et incivilités (versus civilité), et de se limiter à ce seul aspect « chaud », mais très partiel, celui d'une crise de la civilité ou de la citoyenneté, trop rapidement confondues et toutes deux victimes de l'affaiblissement général des capacités régulatrices des instances de socialisation.

D'où la proposition de leur renforcement à l'école et par l'école. En effet, les résurgences inquiètes de « la question de la citoyenneté » ou de la « civilité », souvent abusivement amalgamées, semblent indiquer que ces dernières ne vont plus de soi. Et qu'une des raisons en serait la crise de la culture civique traditionnelle, surtout celle relative à la communauté de l'État-nation, elle-même moins bien inculquée et transmise qu'auparavant par les instances de socialisation.

Qu'en est-il réellement ? La réponse est loin d'être simple, parce que le diagnostic dépend en partie de ce que l'on met exactement sous le terme de citoyenneté, concept riche mais complexe, que l'on confond trop souvent aujourd'hui avec celui de civilité, confusion qui peut être source de déconvenues.

Adapté de : A. Chanel, « Citoyenneté et civilité aujourd'hui : quelques éclaircissements »

Selon l'auteur du texte la civilité et la citoyenneté sont toutes deux victimes de :

- a) la montée de la violence terroriste.
- b) la baisse d'intérêt de la part du système scolaire.
- c) la corruption généralisée du monde politique.
- d) l'épuisement des institutions qui règlent et orientent la vie sociale.

Quesito 7 Domanda E - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Le thème de la citoyenneté est souvent associé aujourd'hui à « l'éducation à la citoyenneté » ou à « l'éducation civique » à l'école, présentées par les pouvoirs publics et les médias comme remèdes à la montée des incivilités et de la violence dans les quartiers, dans les établissements scolaires, dans la société en général. Celles-ci sont en effet source d'un sentiment croissant d'insécurité et de désintégration sociale, de perte de repères, et constituent une question vive aujourd'hui, à l'heure où l'on s'interroge, par exemple, sur la réaction de ces jeunes étudiants qui, dans certains établissements, ont refusé de respecter la minute de silence - hommage aux victimes des attentats terroristes à Paris.

Dans ce cadre, la tentation est forte plus que jamais de relier directement les deux, citoyenneté et incivilités (versus civilité), et de se limiter à ce seul aspect « chaud », mais très partiel, celui d'une crise de la civilité ou de la citoyenneté, trop rapidement confondues et toutes deux victimes de l'affaiblissement général des capacités régulatrices des instances de socialisation.

D'où la proposition de leur renforcement à l'école et par l'école. En effet, les résurgences inquiètes de « la question de la citoyenneté » ou de la « civilité », souvent abusivement amalgamées, semblent indiquer que ces dernières ne vont plus de soi. Et qu'une des raisons en serait la crise de la culture civique traditionnelle, surtout celle relative à la communauté de l'État-nation, elle-même moins bien inculquée et transmise qu'auparavant par les instances de socialisation.

Qu'en est-il réellement ? La réponse est loin d'être simple, parce que le diagnostic dépend en partie de ce que l'on met exactement sous le terme de citoyenneté, concept riche mais complexe, que l'on confond trop souvent aujourd'hui avec celui de civilité, confusion qui peut être source de déconvenues.

Adapté de : A. Chanel, « Citoyenneté et civilité aujourd'hui : quelques éclaircissements »

Selon l'auteur du texte il serait nécessaire de :

- a) bien comprendre ce que l'on entend par citoyenneté.
- b) associer le terme de civilité à celui de civilisation car ils sont strictement corrélés.
- c) réprimer dans les écoles les témoignages de manque de solidarité.
- d) résoudre la crise identitaire.

Quesito 8 Domanda A - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse

Est considérée automatiquement comme citoyen européen, toute personne ayant la nationalité d'un État membre de l'Union européenne. La citoyenneté européenne complète mais ne remplace pas la citoyenneté nationale. C'est une citoyenneté de superposition.

Les attributs de cette citoyenneté sont les suivants :

- la liberté de circulation, de résidence, d'étude et de travail dans les États membres de l'Union européenne ;
- le droit de vote et d'éligibilité (d'être élu) aux élections municipales ainsi qu'aux élections au Parlement européen dans l'État membre de résidence ; le Parlement européen est une Institution de l'Union européenne représentant les citoyens des États membres ;
- le droit à la protection diplomatique : dans les pays où un État membre de l'Union n'est pas représenté, ses ressortissants peuvent bénéficier de la protection des autorités diplomatiques et consulaires d'un autre État de l'Union, présent sur ce territoire, dans les mêmes conditions que les nationaux de cet État ;
- le droit de pétition auprès du Parlement européen, qui permet aux citoyens d'alerter l'institution qu'ils élisent au suffrage universel ; le Parlement européen est un organe collégial qui exerce le pouvoir législatif (adoption des lois et contrôle du pouvoir exécutif) ;
- le droit de plainte auprès du Médiateur européen, qui est chargé de régler les litiges opposant les citoyens européens et les institutions européennes ;
- le droit d'écrire à toute institution de l'Union et de recevoir une réponse ;
- l'ouverture partielle des fonctions publiques nationales aux ressortissants des autres États membres de l'Union européenne, pour les fonctions ne mettant pas en jeu la souveraineté des États ;
- le droit d'initiative citoyenne : il permet, depuis le 1er avril 2012, à un minimum d'un million de citoyens issus d'au moins un quart des États membres de l'UE de saisir la Commission européenne pour lui demander d'adopter un texte qu'ils estimeraient nécessaire.

<http://www.vie-publique.fr>

Le citoyen européen, qui est-il ?

- a) Toute personne qui a visité l'Europe.
- b) Toute personne ayant n'importe quelle nationalité.
- c) Toute personne ayant la nationalité d'un état membre de l'Union Européenne.
- d) Toute personne qui habite près de l'Europe.

Quesito 8 Domanda B - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse

Est considérée automatiquement comme citoyen européen, toute personne ayant la nationalité d'un État membre de l'Union européenne. La citoyenneté européenne complète mais ne remplace pas la citoyenneté nationale. C'est une citoyenneté de superposition.

Les attributs de cette citoyenneté sont les suivants :

- la liberté de circulation, de résidence, d'étude et de travail dans les États membres de l'Union européenne ;

- le droit de vote et d'éligibilité (d'être élu) aux élections municipales ainsi qu'aux élections au Parlement européen dans l'État membre de résidence ; le Parlement européen est une Institution de l'Union européenne représentant les citoyens des États membres;
- le droit à la protection diplomatique : dans les pays où un État membre de l'Union n'est pas représenté, ses ressortissants peuvent bénéficier de la protection des autorités diplomatiques et consulaires d'un autre État de l'Union, présent sur ce territoire, dans les mêmes conditions que les nationaux de cet État ;
- le droit de pétition auprès du Parlement européen, qui permet aux citoyens d'alerter l'institution qu'ils élisent au suffrage universel ; le Parlement européen est un organe collégial qui exerce le pouvoir législatif (adoption des lois et contrôle du pouvoir exécutif);
- le droit de plainte auprès du Médiateur européen, qui est chargé de régler les litiges opposant les citoyens européens et les institutions européennes ;
- le droit d'écrire à toute institution de l'Union et de recevoir une réponse ;
- l'ouverture partielle des fonctions publiques nationales aux ressortissants des autres États membres de l'Union européenne, pour les fonctions ne mettant pas en jeu la souveraineté des États ;
- le droit d'initiative citoyenne : il permet, depuis le 1er avril 2012, à un minimum d'un million de citoyens issus d'au moins un quart des États membres de l'UE de saisir la Commission européenne pour lui demander d'adopter un texte qu'ils estimeraient nécessaire.

<http://www.vie-publique.fr>

Qu'est-ce qu'un citoyen européen peut faire:

- a) Il peut circuler, étudier, travailler et résider librement en Europe.
- b) Il peut circuler librement seulement dans certaines zones de l'Europe.
- c) Il peut circuler, étudier, mais pas travailler librement en Europe.
- d) Il peut circuler, étudier, travailler mais pas résider librement en Europe.

Quesito 8 Domanda C - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse

Est considérée automatiquement comme citoyen européen, toute personne ayant la nationalité d'un État membre de l'Union européenne. La citoyenneté européenne complète mais ne remplace pas la citoyenneté nationale. C'est une citoyenneté de superposition.

Les attributs de cette citoyenneté sont les suivants :

- la liberté de circulation, de résidence, d'étude et de travail dans les États membres de l'Union européenne ;
- le droit de vote et d'éligibilité (d'être élu) aux élections municipales ainsi qu'aux élections au Parlement européen dans l'État membre de résidence ; le Parlement européen est une Institution de l'Union européenne représentant les citoyens des États membres;
- le droit à la protection diplomatique : dans les pays où un État membre de l'Union n'est pas représenté, ses ressortissants peuvent bénéficier de la protection des autorités diplomatiques et consulaires d'un autre État de l'Union, présent sur ce territoire, dans les mêmes conditions que les nationaux de cet État ;
- le droit de pétition auprès du Parlement européen, qui permet aux citoyens d'alerter l'institution qu'ils élisent au suffrage universel ; le Parlement européen est un organe collégial qui exerce le pouvoir législatif (adoption des lois et contrôle du pouvoir exécutif);
- le droit de plainte auprès du Médiateur européen, qui est chargé de régler les litiges opposant les citoyens européens et les institutions européennes ;
- le droit d'écrire à toute institution de l'Union et de recevoir une réponse ;
- l'ouverture partielle des fonctions publiques nationales aux ressortissants des autres États membres de l'Union européenne, pour les fonctions ne mettant pas en jeu la souveraineté des États ;
- le droit d'initiative citoyenne : il permet, depuis le 1er avril 2012, à un minimum d'un million de citoyens issus d'au moins un quart des États membres de l'UE de saisir la Commission européenne pour lui demander d'adopter un texte qu'ils estimeraient nécessaire.

<http://www.vie-publique.fr>

Qu'est-ce que le droit d'initiative citoyenne?

- a) La possibilité donnée aux citoyens de l'UE de créer une nouvelle Commission.
- b) La possibilité donnée aux citoyens de l'UE de s'opposer à la Commission européenne.
- c) La possibilité donnée aux citoyens de l'UE de saisir la Commission européenne pour lui demander d'adopter un texte.
- d) Il n'y a aucun droit d'initiative citoyenne.

Quesito 8 Domanda D - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse

Est considérée automatiquement comme citoyen européen, toute personne ayant la nationalité d'un État membre de l'Union européenne. La citoyenneté européenne complète mais ne remplace pas la citoyenneté nationale. C'est une citoyenneté de superposition.

Les attributs de cette citoyenneté sont les suivants :

- la liberté de circulation, de résidence, d'étude et de travail dans les États membres de l'Union européenne ;
- le droit de vote et d'éligibilité (d'être élu) aux élections municipales ainsi qu'aux élections au Parlement européen dans l'État membre de résidence ; le Parlement européen est une Institution de l'Union européenne représentant les citoyens des États membres;
- le droit à la protection diplomatique : dans les pays où un État membre de l'Union n'est pas représenté, ses ressortissants peuvent bénéficier de la protection des autorités diplomatiques et consulaires d'un autre État de l'Union, présent sur ce territoire, dans les mêmes conditions que les nationaux de cet État ;
- le droit de pétition auprès du Parlement européen, qui permet aux citoyens d'alerter l'institution qu'ils élisent au suffrage universel ; le Parlement européen est un organe collégial qui exerce le pouvoir législatif (adoption des lois et contrôle du pouvoir exécutif);
- le droit de plainte auprès du Médiateur européen, qui est chargé de régler les litiges opposant les citoyens européens et les institutions européennes ;
- le droit d'écrire à toute institution de l'Union et de recevoir une réponse ;
- l'ouverture partielle des fonctions publiques nationales aux ressortissants des autres États membres de l'Union européenne, pour les fonctions ne mettant pas en jeu la souveraineté des États ;
- le droit d'initiative citoyenne : il permet, depuis le 1er avril 2012, à un minimum d'un million de citoyens issus d'au moins un quart des États membres de l'UE de saisir la Commission européenne pour lui demander d'adopter un texte qu'ils estimeraient nécessaire.

<http://www.vie-publique.fr>

Quel type de pouvoir le Parlement européen exerce-t-il?

- a) Le pouvoir judiciaire.
- b) Il n'a aucun pouvoir.
- c) Il a tout pouvoir.
- d) Le pouvoir législatif.

Quesito 8 Domanda E - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse

Est considérée automatiquement comme citoyen européen, toute personne ayant la nationalité d'un État membre de l'Union européenne. La citoyenneté européenne complète mais ne remplace pas la citoyenneté nationale. C'est une citoyenneté de superposition.

Les attributs de cette citoyenneté sont les suivants :

- la liberté de circulation, de résidence, d'étude et de travail dans les États membres de l'Union européenne ;
- le droit de vote et d'éligibilité (d'être élu) aux élections municipales ainsi qu'aux élections au Parlement européen dans l'État membre de résidence ; le Parlement européen est une Institution de l'Union européenne représentant les citoyens des États membres;
- le droit à la protection diplomatique : dans les pays où un État membre de l'Union n'est pas représenté, ses

ressortissants peuvent bénéficier de la protection des autorités diplomatiques et consulaires d'un autre État de l'Union, présent sur ce territoire, dans les mêmes conditions que les nationaux de cet État ;

- le droit de pétition auprès du Parlement européen, qui permet aux citoyens d'alerter l'institution qu'ils élisent au suffrage universel ; le Parlement européen est un organe collégial qui exerce le pouvoir législatif (adoption des lois et contrôle du pouvoir exécutif) ;
- le droit de plainte auprès du Médiateur européen, qui est chargé de régler les litiges opposant les citoyens européens et les institutions européennes ;
- le droit d'écrire à toute institution de l'Union et de recevoir une réponse ;
- l'ouverture partielle des fonctions publiques nationales aux ressortissants des autres États membres de l'Union européenne, pour les fonctions ne mettant pas en jeu la souveraineté des États ;
- le droit d'initiative citoyenne : il permet, depuis le 1er avril 2012, à un minimum d'un million de citoyens issus d'au moins un quart des États membres de l'UE de saisir la Commission européenne pour lui demander d'adopter un texte qu'ils estimeraient nécessaire.

<http://www.vie-publique.fr>

Le Parlement européen est une institution qui représente :

- a) Seulement les hommes des États membres de l'UE.
- b) Les citoyens des États membres de l'UE les plus riches.
- c) Les citoyens qui visitent l'UE.
- d) Les citoyens des États membres de l'UE.